

**Haushaltsrede
zur Verabschiedung des Haushaltes 2010
nebst Anlagen,
am 8. Juni 2010**

Herr Bürgermeister,
Frau Kämmerin Formella,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir alle hätten uns gewünscht, den Haushalt 2010 sowie die Finanzplanung unter besseren Vorzeichen beraten und schließlich auch verabschieden zu können.

Aber leider, oder sollte man sagen, natürlich sind auch wir von den Auswirkungen der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise zusehends betroffen.

Auch uns hat der Sog einbrechender Gewerbesteuereinnahmen und Anteil an der Einkommensteuer erfasst und wann dieser nachlässt und es wieder aufwärts geht, vermag heute niemand sagen.

Was also tun bei sinkenden Einnahmen?

Die Steuern erhöhen und die Haaner Betriebe in Zeiten der wirtschaftlichen Krise weiter schwächen? Diesen Weg will die CDU nicht beschreiten, wissend, dass sich dies sehr schnell rächen kann, bei Unternehmen, die aufgrund einer sehr geringen Anlagenbindung flexibel in der Wahl ihres Firmensitzes sind. Wir sind der Ansicht, dass die Anhebung der Gewerbesteuer nicht in das Jahr 2010 passt und wir den Haushaltsausgleich hierdurch nicht werden erreichen können. Dies gilt sowohl für die Gewerbesteuer als auch für die Grundsteuer, durch deren Anhebung wir Eigenheimbesitzer wie Mieter gleichermaßen belasten würden.

Bei der Betreuung der Haaner Betriebe wie der Akquisition neuer Unternehmen käme der Wirtschaftsförderung eine große Bedeutung zu. Hier vermischen wir ein klares Konzept, dass auch vom Personalrat angemahnt wird, und belegbare Erfolge.

Neben pflichtigen Aufgaben gibt es natürlich auch freiwillige Leistungen. Diese sind im Wesentlichen auch die anteiligen Aufwendungen für die Kinderbetreuung. Gleich welche Vorstellung eines Familienbildes man haben mag, ist festzustellen, dass das Quantitative wie qualitative Angebot in diesem Bereich neben der allgemeinen Wohnqualität, der Wertständigkeit von Immobilien und der günstigen Verkehrslage, zunehmend ein Standortfaktor und damit auch Wettbewerbsfaktor zwischen den Kommunen ist. Haan ist eine kinder- und familienfreundliche Stadt und die CDU-Fraktion will dies auch für die Zukunft sichern. Wir haben uns daher in den vergangenen Jahren stets für den Ausbau des Angebotes ausgesprochen, wissend, dass dies bei einer Quote von etwas über 20 % Elternbeiträge eine nicht unerhebliche Belastung für unsere Finanzen bedeutet.

Es gibt natürlich auch „echte“ freiwillige Leistungen, die sich auf einem relativ geringen Niveau bewegen. Mit diesem Geld wird über Vereine, Verbände und Initiativen wertvolle Arbeit für unsere Stadt und unsere Bürgerinnen und Bürger geleistet, die wir als Stadt selber nicht annähernd zu leisten in der Lage wären.

Hier aus falsch verstandenem Sparwillen den Rotstift anzusetzen hieße bürgerschaftliches Engagement zu zerstören und als Stadt an Attraktivität zu verlieren. Ich erinnere an die Diskussion um die Verringerung von Kleinzuschüssen früherer Jahre, die uns in finanzieller Hinsicht in Wahrheit nichts gebracht haben.

Die dramatischen Einbrüche auf der Einnahmenseite sind weder auf kurze Sicht und schon gar nicht durch Beträge von 100,- € oder 500,- € zu kompensieren.

Nur strukturelle Veränderungen werden einen wirklichen Beitrag dazu leisten können, den Haushalt mittel und langfristig zu entlasten.

Heute steht auch die Beschlussfassung über die Ertüchtigung und den teilweisen Neubau der Feuer und Rettungswache, sowie der Bau der Mensa am Schulzentrum Walder Str. auf der Tagesordnung.

Beide Maßnahmen sind ebenso wie das inzwischen angelaufene Projekt Neubau der Grundschule Mittelhaan mit Musikschule unabdingbar, zumal es sich ja um größtenteils pflichtige Aufgaben handelt.

Das Gebäude Nordstr. hält heutigen Anforderungen an Arbeitsschutz, Logistik, Einsatztaktik u.v.a. mehr nicht mehr stand; eine einfache Renovierung oder auch Sanierung im Bestand ist laut Aussage der Verwaltung nicht möglich. Wir freuen uns, dass wir nach Abschluss des Projekts gute Arbeitsbedingungen für die hauptamtlichen wie freiwilligen Helfer werden vorhalten können.

Die CDU - Fraktion steht zu diesen beiden Projekten und hofft, dass diese wie beschlossen durch die Verwaltung und die Vertragspartner abgewickelt werden können.

Die Mensa am Schulzentrum nicht zu errichten hieße, den bisherigen Ganztagsbetrieb ab dem Jahr 2012 einstellen zu müssen, was den Fortbestand der Schule gefährden würde.

Ich möchte nicht verhehlen, dass eine ganze Reihe unserer Kolleginnen und Kollegen, diesen Projekten vor dem Hintergrund unserer finanziellen Situation nur mit großen Bauchschmerzen zustimmen.

Jedem in dieser Stadt muss klar sein, dass mit Durchführen dieser Maßnahmen das Ende des finanziell Möglichen für unsere Stadt zunächst erreicht ist. Und dies im Hinblick auf die rechtlich maximal zulässige Kreditaufnahme wie die Verschuldung insgesamt.

Daher können nicht alle durch die Fachämter angemeldeten Investitionen in diesem Jahr erfolgen, muss z.B. bei Fahrzeugen und in der Straßenunterhaltung gespart werden.

Und nicht von ungefähr, wurde auch immer wieder die interkommunale Zusammenarbeit seitens des Kreises angemahnt, als eine Möglichkeit, dauerhafte Einsparungen zu generieren. In vielen Bereichen ist ja tatsächlich nicht einzusehen, dass die gleiche Aufgabe in 10 Städten parallel erledigt werden soll. Die CDU hat dies immer wieder thematisiert und es ist erfreulich, dass die Stadt hier nun nach Möglichkeiten sucht.

In den nächsten Jahren muss es unser aller Anstrengung sein, die sich aufbauende Verschuldung bei verbesserten Gewerbesteuerereinnahmen zurückzuführen und die finanziellen Reserven unserer Stadt wieder aufzufüllen.

Wir alle können nur hoffen, dass wir schon in 2011 oder 2012 wieder steigende Einnahmen verzeichnen können, mit Gewissheit sagen kann dies jedoch niemand.

Der größte Ausgabenblock unserer Stadt sind die Personalkosten in Höhe von ca. 15 Millionen €. Hierunter fallen die Beamten, Angestellten und Honorarkräfte, deren Anzahl wir nur erahnen können, da uns eine vollständige Aufstellung ja nicht vorliegt. Und niemand von uns weiß, in wie vielen Fällen, sich zwischenzeitlich arbeitsrechtliche Ansprüche, nämlich unbefristet Arbeitsverhältnisse, ergeben haben.

Angesichts dieser Kosten ist kritisch zu hinterfragen, ob die derzeitigen Strukturen, die Organisation, Personalbemessung und Stellenbewertung (nach dem alten KGST - Gutachten) so noch, oder überhaupt angemessen ist. Wir verstehen, dass dies für Sie Herr vom Boverit unangenehm ist, aber es ist eben Ihre Verantwortung als Leiter dieser Verwaltung für einen geordneten Geschäftsgang bei sparsamer Mittelbewirtschaftung Sorge zu tragen.

Wir haben hierzu in den vergangenen Jahren immer wieder Anstöße gegeben, andere Fraktionen im Übrigen auch, denen Sie jedoch nicht oder nur widerwillig gefolgt sind.

Gegen den Widerstand der Verwaltung wurde der AK Personal eingerichtet, um mittel- bis langfristige strukturelle Verbesserungen herbeizuführen mit dem Ziel, die Abläufe und das Verwaltungshandeln insgesamt transparenter, effizienter und auch günstiger zu machen.

Was wir in diesen Sitzungen erleben mussten, bzw. dort an Unterlagen vorgelegt wurde, hat die CDU-Fraktion stark überrascht. Da wurden geforderte Unterlagen nicht regulär zugestellt sondern als Tischvorlage präsentiert. Für einen Außenstehenden mag das nicht viel bedeuten. In der Praxis bedeutet dies aber, dass die Fraktionen überhaupt nicht im Vorfeld beraten konnten und die betreffende Sitzung für die Katz war. Oder es wurden nach Wochen und Monaten Unterlagen vorgelegt, die mangels Inhalt nicht nutzbar waren.

Der Gipfel war die Vorstellung im letzten AK Personal, als Sie, Herr Bürgermeister, und Ihr Personalamtsleiter sich u.a. zur Frage der Stellenbewertungen geäußert haben.

Ich darf daran erinnern, dass Ihrem Vorschlag folgend 2 Personen Ihrer Personalabteilung befördert wurden, da sie die zusätzliche Aufgabe der Personalentwicklung übernehmen würden. Bis heute hat jedoch keine ersichtliche Arbeit in diesem Bereich stattgefunden und nun schlagen Sie die Beauftragung Externen vor, um diese Aufgabe zu erfüllen. Dies alles war anwesenden Mitarbeitern Ihrer Verwaltung so peinlich, dass sie nur noch betroffen nach unten geschaut haben.

Nun sollen wieder Stellen angehoben werden, ohne dass diese in ein Gesamtkonzept eingebettet sind, ohne dass sich an den grundlegenden Strukturen etwas geändert hat.

So kann es doch nicht wirklich laufen!

Dass es an vielen Stellen hakt hört man auch immer wieder von Angehörigen Ihrer Verwaltung, die diese Rahmenbedingungen beklagen.

Erinnern möchte ich auch an den GPA-Bericht und den in diesem benannten Stellenüberschuss von 18 Stellen.

Es ist Ihre Organisations- und Führungsverantwortung hier endlich für Abhilfe zu sorgen.

Im Jahre 2008 haben wir einen Antrag gestellt und um Auflistung aller Gutachter- und Beratungsaufträge (sog. Graue Personalkosten) gebeten, die durch die Verwaltung in Arbeit gegeben wurden.

Was geschah? Nichts!

Erst anlässlich der Fraktionsvorsitzendenbesprechung am 31.05.2010 wurde die entsprechende Liste vorgelegt, dies aber erst mit Beträgen ab einer Summe von 10 T€.

Sie stellen in diesem Zusammenhang die Frage nach der Steuerungsrelevanz, auch so eine Modelfloskel. Herr vom Bovert, bei einer Aufstellung ab z.B. 5,0 T€ oder 2,5 T€ wäre diese Frage für Sie wie für den Rat sicher beantwortet. Die Frage nämlich, ob die zahlreichen Fremdleistungen bei der Personalbemessung wie der Stellenbewertungen berücksichtigt sind, oder nicht. In diesem Zusammenhang verwundern auch differierende Aussagen, ob und mit welchem Aufwand die Daten zu ermitteln seien, die in vergleichbaren Kommunen und Einrichtungen längst selbstverständlich erfasst werden.

Auch bezogen auf eine Reihe von Bauprojekten und Planungsverfahren würde die Offenlegung dieser Kosten zeigen, wo städtische Planungen eben nicht so gelaufen sind, wie sie laufen sollten und wie diese in der Diskussion dargestellt wurden. Ich wollte die Liste dieser Beispiele jetzt eigentlich verlesen, möchte die Geduld der Zuhörer jedoch nicht überstrapazieren.

Es reizt noch einige weitere Punkte zu erwähnen, aber anders als der frühere technische Bgo. Buckesfeld stehen wir zu unserem gegebenen Wort, weder am Tage seiner Nicht-Wiederwahl noch danach „schmutzige Wäsche“ in der Öffentlichkeit zu waschen und daran ändert auch sein neuerlicher Auftritt in der Presse nichts.

Da ja mit dem Haushaltsplanentwurf der Kämmerin auch das Haushaltssicherungskonzept des Bürgermeisters vorgelegt wurde, möchte ich hierzu einige Anmerkungen machen. Das was dort zusammengeschrieben wurde hat mit einem konzeptionell durchdachten und beschlussreifen HSK nicht das Geringste zu tun und verdient den Namen Konzept mit Sicherheit nicht. So werden z.B. die personalwirtschaftlichen Maßnahmen nur verbal beschrieben aber nicht konkretisiert, obwohl es sich bei den PK um den mit ca. 15 Mio. € größten Ausgabenblock handelt.

Wie und auf welcher Grundlage soll der Rat den über mögliche Maßnahmen entscheiden, wenn von Ihnen nicht das Geringste vorgelegt wird?

Anstelle von nachhaltigen Änderungen schlagen Sie die Ausschüttung bei Sparkasse und Stadtwerken vor, wodurch die Rücklagen- bzw. Eigenkapitalsituation geschwächt würde. Die Mehrheit des Rates hat hierzu seit Jahren – aus guten Gründen – eine klare und nachvollziehbare Haltung.

Es gab nicht wenige in unserer Fraktion, die Ihr Konzept und damit auch den Haushalt in Gänze ablehnen wollten. Aus unserer Verantwortung, die wir als größte Fraktion haben und zu der wir stehen, haben wir uns bei allem Ärger dennoch entschieden, weiterhin konstruktive Vorschläge zu erarbeiten.

Daher werden wir über all die Unzulänglichkeiten hinwegsehen, um das Projekt Feuer- und Rettungswache mit Blick auf die Fristen und die Wirkung auf den Bieter nicht zu gefährden.

Von Ihnen waren und sind bisher keinerlei Vorschläge vorgelegt worden, etwas zur strukturellen Verbesserung der Haushaltslage und zu organisatorischen Verbesserungen zu tun, dies wäre aber Ihre Aufgabe gewesen.

Stattdessen haben Sie sich, auch in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses erneut für die Schließung des Bürgerhauses, den Verkauf der Sparkasse und den Verkauf der Stadtwerke bzw. von Anteilen ausgesprochen.

Es war der frühere technische Beigeordnete Buckesfeld, der die Idee eines Verkaufs des Bürgerhausgeländes für erhoffte 3 Mio. € und den Neubau eines Ersatzes an dem in Planung befindlichen Sportplatz an der Windfoche vorschlug.

Nur was ist faktisch seit dem geschehen?

Mit Blick auf die lange Dauer bis zur Fertigstellung einer neuen Sportanlage an der Windfoche wurde der Platz Hochdahler Str. saniert und auch in Gruiten wird der Ruf nach einer Sanierung am alten Standort immer lauter.

Das Planverfahren für die Windfoche läuft noch immer, wobei jeder weiß, dass die Mittel für die erforderlichen Grundstückskäufe weder heute noch in den nächsten Jahren zur Verfügung stehen werden.

In einem Gespräch vor gut 2 Jahren bereits hat mir Hr. Buckesfeld erläutert, dass man die Planungen Sportplatz und Mehrzweckhalle / Bürgerhaus-Ersatz wieder entkoppeln müsse, da es u.a. eine Emissionsproblematik zur Bestandsbebauung an der Windfoche gäbe. Diese Bebauung gibt es aber bereits seit Jahrzehnten und nicht erst seit 2 Jahren. Waren diese Überlegungen nur eine Luftblase, um wieder ein unliebsames Thema abhaken zu können und wie realistisch war denn die Verwirklichung einer großen Lösung, die seinerzeit in die Öffentlichkeit getragen wurde?

Fakt ist, dass sich der Rat bisher immer pro Bestand einer Versammlungsstätte in Gruiten ausgesprochen hat. Wenn Sie also die Schließung und den Abriss des Bürgerhauses fordern und glauben, die Fläche für diesen Betrag veräußern zu können, dann frage ich mich einerseits, warum die Veräußerung eines bedeutend kleineren Grundstück unmittelbar nebenan seit Jahren nicht gelingt und andererseits und vor allem, wo Ihre Vorschläge für den Ersatz-Bau bleiben.

Zu einem durch Sie angeregten Verkauf der Sparkasse kann ich mich nur wiederholen.

Aus Sicht der CDU-Fraktion ist es leichtfertig mit solch weitreichenden Überlegungen, ohne klares Konzept und ohne einen entsprechenden Ratsbeschluss in die Öffentlichkeit zu gehen. Welchen Eindruck muss dies denn bei Vorstand, Belegschaft und Kunden unserer Sparkasse erzeugen?

Im Übrigen sollte Ihnen bekannt sein, dass auch die Sparkassen nicht von der Wirtschaftskrise verschont werden und sie im Übrigen noch viele Jahre für Verbindlichkeiten der WestLB werden zahlen müssen. Wo also bitte, soll ein lukratives Angebot zur Übernahme herkommen, mit Beträgen, wie sie vor einigen Jahren gehandelt wurden?

Und auch für die Stadtwerke, mit deren Arbeit und Ergebnis wir in den letzten Jahren hoch zufrieden sein können, gilt, dass man sich nicht leichtfertig von Tafelsilber trennen sollte.

Dies, selbst wenn wir einen Erwerber bzw. strategischen Partner finden würden - würde uns ja nicht bei der Bewältigung unserer akuten Einnahmeprobleme helfen. Auch Ihre Argumentation aus 2008 bzw. 2009 man könne mit den Verkaufserlösen Investitionen bestreiten ist überholt, da es klare Restriktionen der Haushaltsaufsicht gibt, Verkaufserlöse voll zur Schuldentilgung einzusetzen. Von daher ist auch hier Vorsicht geboten, das Kind nicht mit dem Bade auszuschütten.

Welche Aufgaben wir den Stadtwerken zukünftig übertragen muss gut und gründlich überlegt werden. Wir können uns hier interessante Lösungen innerhalb des „Konzerns Stadt“ vorstellen, die auf eine langfristige Verbesserung der Kostenstruktur bzw. Einnahmesituation und nicht nur auf einen Einmaleffekt abzielen.

14

Herr Bürgermeister,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

einen Menschen ohne Fehler gibt es nicht und natürlich werden auch in dieser Verwaltung Fehler gemacht. Dies ist ebenso selbstverständlich wie die Tatsache, dass es in der Leistungsbereitschaft wie Leistungsfähigkeit Unterschiede bei Menschen gibt.

Aber, wenn dies doch so ist, und wenn es Probleme gibt, die mit den handelnden Personen und Strukturen nicht zu bewältigen sind, dann kann doch ein „weiter so“ ebenso wenig die Lösung sein, wie die Ausblendung dieser Probleme.

Transparenz im Umgang zwischen dem Rat als Entscheidungs- und Kontrollgremium einerseits und dem Bürgermeister als Hauptverwaltungsbeamten andererseits gehören ebenso dazu, wie der Verzicht auf die große, öffentliche Welle und Stimmungsmache, an Stellen, an denen solide Verwaltungsarbeit angebracht wäre. Auch die Rückkehr zu alten Verwaltungsgrundsätzen, wie dem Grundsatz der Einheit der Verwaltung ist unverzichtbar. Nach diesem gibt es eine Meinung, die im Verwaltungsvorstand beschlossen und durch den Bürgermeister dem Rat und erst dann den Medien mitgeteilt wird. So hat und funktioniert es in Deutschland seit Jahrzehnten trotz aller Unkenrufen und ich vermag nicht zu erkennen, warum dies ausgerechnet in unserer Stadt nicht mehr so funktionieren soll.

Ich möchte noch ein Wort zum Umgang miteinander und der Berichterstattung in den Medien sagen:

Es ist eine Zumutung, wenn sich Bürger dieser Stadt, die sich in ihrer Freizeit als Mitglieder von Rat und Ausschüssen engagieren durch leitende hauptberufliche Kräfte dieser Verwaltung die „Gemeinwohlorientierung „ absprechen und reines parteipolitisches Kalkül unterstellen lassen müssen und es noch Blätter gibt, die solche Unverschämtheiten auch noch drucken!

Und es wäre eine Wohltat, wenn wir auch in Haan wieder zu einer Berichterstattung kommen würden, die den Verlauf von Sitzungen und die Fakten widerspiegeln würden.

Die Teilnahme am Pressefrühstück des Bürgermeisters ist kein Ersatz für die Anwesenheit bei den Sitzungen des Rates!

Die CDU - Fraktion wird heute dem Haushalt nebst Anlagen mit den durch uns eingebrachten Änderungen zustimmen, um das Projekt Feuer- und Rettungswache nicht zu gefährden.

Bei einzelnen Punkten werden wir heute noch Ergänzungen vornehmen müssen, da mit Blick auf die extrem kurze Beratungszeit viele Informationen erst in den letzten Tagen und auch noch am gestrigen Abend aktualisiert werden konnten.

Die auch bereits im HFA andiskutierten Sparvorschläge können jedoch nur als erster Schritt verstanden werden. So ist es die klare Haltung der CDU - Fraktion, dass wir uns unmittelbar nach der Haushaltsberatung 2010 mit weiteren Einsparungen für den Haushalt 2011 und der weiteren Veränderung in struktureller wie organisatorischer Hinsicht werden auseinandersetzen müssen.

Ich danke unserer Kämmerin, Frau Formella, unserem Kämmereileiter, Herrn Opfer, und möchte Sie ausdrücklich bitten, unseren Dank an alle Beteiligten weiterzugeben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
sehr geehrter Herr vom Bover, 

am Tage nach meiner ersten Wahl zum Fraktionsvorsitzenden habe ich Ihnen meinen Antrittsbesuch abgestattet. Ich habe Ihnen dabei für meine Fraktion Gesprächsbereitschaft und Unterstützung zugesagt, wenn es Probleme gibt. Dieses Angebot erneuern wir heute, aber Sie sollten es zum Wohle unserer Stadt auch annehmen. Probleme und Unzulänglichkeiten gibt es genug.

Lassen Sie uns, gleich welcher persönlicher Einstellung und politischer Haltung gemeinsam versuchen, das Schiff Stadt Haan durch schwere See zu steuern und wieder auf einen guten und sicheren Kurs zu führen. Dazu werden nicht unerhebliche Veränderungen innerhalb dieser Verwaltung und auch im Verhältnis zwischen Verwaltung und Rat nötig sein. Jeder ist aufgefordert, sich an diesem Prozess konstruktiv zu beteiligen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

- es gilt das gesprochene Wort -

